

**Traktandum 9 / Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026–2029; mit Entwurf  
Voranschlag 2026 - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2026 des  
Kantons Luzern / Finanzdepartement**

1.	<div> <div>Antragsteller/in</div> <div>Seite</div> </div> <div> <div>PFK</div> <div>Allgemein</div> </div> <p><u>Antrag auf Rückweisung:</u></p> <p>Die Regierung hat den Voranschlag 2026 auf die Dezembersession 2025 zu überarbeiten. Im Budgetjahr 2026 soll im Bereich H0 das Ausgabenwachstum (Basis Budget 2025) grundsätzlich maximal dem Wirtschaftswachstum von 1.2% entsprechen. Auch in den Bereichen H1-H8 soll im Budgetjahr 2026 das Wirtschaftswachstum Basis für das Ausgabenwachstum bilden, wobei gebundene Ausgaben, mengenwachstumsbegründete Ausgabensteigerungen (proportional) und folgende politisch gewollte Ausgabensteigerungen die Ausnahme bilden: 1. Mobilitätsfinanzierung, 2. Standortförderung, 3. Ausbau Justiz und Polizei.</p>
2.	<div> <div>Antragsteller/in</div> <div>Seite</div> </div> <div> <div>PFK</div> <div>214, H-3200 BKD – Volksschulbildung, 2.4 statistische Messgrössen</div> </div> <p><u>Antrag:</u></p> <p>Die Regierung wird beauftragt, im Budget 2026 die bisher geltenden, höheren Pro-Kopf-Beiträge einzusetzen, solange die paritätische Arbeitsgruppe aus Vertretungen von Kanton und Gemeinden noch keine einvernehmliche, rechts-verbindliche Lösung zur Standardisierung der Schulliegenschaftskosten vorgelegt hat. Das Globalbudget 2026 erhöht sich um 15 Mio. Franken.</p> <p>Zudem wird die Regierung aufgefordert, die Arbeiten dieser Arbeitsgruppe fortzuführen und gemeinsam mit den Gemeinden (VLG) eine tragfähige und konsensbasierte Lösung zur Standardisierung der Schulliegenschaftskosten zu erarbeiten.</p>